



Resolution

Rostock: Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende in Not

Die Unterkunftssituation für Asylsuchende in Rostock ist in einem schlechten Zustand und führt zu einer angespannten- und Konfliktsituation.

Ca. 85 % der in den Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen haben ein Recht auf eigenen Wohnraum. Trotzdem wohnen Menschen verschiedener Herkunft, Familien, alleinstehende Frauen und Männer, Beeinträchtigte und Kinder immer noch in den Gemeinschaftsunterkünften in einer beengten und angespannten Lage. De facto sind sie rechtlich obdachlos. Einige Gebäude befinden sich in einem katastrophalen baulichen Zustand, unsaniert.

Die Situation wird sich in der Zukunft durch die Familiennachzüge, Trennungen von Partnern, durch Erreichen der Volljährigkeit der ehemaligen unbegleiteten Geflüchteten und die Rückkehr von Menschen, die zuvor Rostock zugewiesen waren, nicht erleichtert.

Es werden hunderte von Wohnungen verschiedener Raumanzahl benötigt, um diese Probleme zu lösen.

Der MIGRANTENRAT der Hansestadt Rostock macht seit mehr als einem Jahr die Politik und Stadtverwaltung auf diese Notsituation aufmerksam.

Trotzdem wurden keine wesentlichen Schritte zur Lösung dieses Problems unternommen.

Konkrete Alternativen, wie beispielsweise die Schaffung von Übergangwohnheimen, in denen auch Studierende und MigrantInnen zusammen wohnen könnten, wurden nicht gehört. Wohnungsunternehmen äußern sich sogar teilweise abwertend gegenüber Migrantinnen mit Kopftüchern und manche Wohnungsunternehmen fordern einen mindestens zweijährigen Aufenthalt, um Wohnungen zu vergeben. Hinzu kommen noch bürokratische und technische Hürden bei der Wohnungsvergabe.

Diese Situation ist ein „Pulverfass, was jeden Moment explodieren kann“!

Rostock hat geschichtlich gesehen, schlechte Erfahrungen mit der Unterbringung von Geflüchteten (Lichtenhagen 1992). Nach Lichtenhagen hat man sich bemüht, die Lektionen daraus zu lernen, aber seit 2015 herrscht eine Ratlosigkeit und man arbeitet nicht an ernstesten Alternativen, um die Unterbringung von Geflüchteten zu verbessern, und damit Konfliktpotentiale zu vermeiden.

Die Konferenz der MSO aus MV fordert die Bürgerschaft und die Stadtverwaltung der Hansestadt Rostock, sowie die Verantwortlichen auch auf Landesebene auf, dieses Problem dringend und nachhaltig zu lösen und die Schaffung eines federführenden Organs in der kommunalen Verwaltungsstruktur, um diese Notsituation aufzulösen.

Beschlossen auf der 12. Konferenz der MSO aus MV zu Stralsund, 25.-27.05.2018